

Sachsen-Zeitung

Nationales Tageblatt für Land-  wirtschaft, Bürgertum und Beamte

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Abgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,75 Mark, bei Postbestellung 3,00 Mark postfrisch. Abrechnung: Vierteljährlich 10,00 Mark, halbjährlich 19,00 Mark, jährlich 36,00 Mark. Einzelhefte 1,00 Mark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Nichterfüllung der durch die Zeitung oder die Zustellung des Bezugspreises, — Wählendung eingekaufener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Nr. 7 — 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden Volkshaus: Dresden 2610 Mittwoch, 9. Januar 1924

General Ludendorff Reichstagskandidat des völkischen Blocks in Bayern.

Zusammenschluß der völkischen Verbände und Gruppen.

(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
München, 8. Januar. Die völkischen Verbände und Gruppen Bayerns haben sich für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen zu einem völkischen Block zusammengeschlossen. Aus einem Begrüßungstelegramm an General Ludendorff wird geschlossen, daß der völkische Block beabsichtigt, Ludendorff zu seinem Führer zu machen und als Kandidat für den Reichs- und Landtag aufzustellen.

Dr. Schachts Eintritt in die Reichsbank.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Berlin, 8. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der gestern von seiner Londoner Reise zurückgekehrt ist, hat hier sein Amt als Leiter der Reichsbank angetreten.

Militärkontrolle in Zivil.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
London, 8. Jan. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Vorkonferenz mit dem Vorschlag über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland einverstanden sei, wonach die Kontrolle am 10. Januar wieder aufgenommen werden soll, und zwar von einer Kommission bestehend aus Vertretern Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs, die in jedem Falle gemeinsam ihre Tätigkeit, und zwar in Zivil, ausführen soll.

Aus der belgischen Antwortnote.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 8. Jan. Aus einer Brüsseler Meldung des „Peft Journal“ geht hervor, daß der allgemeine Charakter der belgischen Antwortnote negativ sei. In der belgischen Antwort werden die Punkte des deutschen Memorandums angeführt, denen keine Folge gegeben werden könne. Hingegen tritt die belgische Antwort, die in der Form sehr entgegenkommend gehalten sei, gewissen Anregungen der deutschen Regierung bei, insbesondere den sich auf Erleichterungen des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland beziehen.

Colban Generalkommissar für Ungarn.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Budapest, 8. Jan. Wie hier verlautet, soll zum Generalkommissar für Ungarn der Leiter des Minoritätenausschusses des Völkerbundes, Colban aus Norwegen, ausgerufen sein.

Frankreichs kranke Währung

Die Wirtschaftspolitik Frankreichs mit ihrer anti-englischen Tendenz, die Pläne eines Kontinentalblocks nicht bloß politischer, sondern auch produktions- und verteilungspolitischer Art gegenüber dem anglo-amerikanischen Wettbewerb haben nun zum offenen Kampf geführt, der ein langsames aber stetiges Absinken des Franken mit sich bringt. Denn — und das muß gegenüber allen französischen Tendenzmeldungen scharf unterstrichen werden — der Kampf gegen den Franken geht von London aus, und wenn die anderen Börseplätze dieser Bewegung nachgeben, so erfüllt sich wieder einmal die nun so oft schon erlebte Erscheinung, daß eine Währung, die einmal ins Aussehen gekommen ist, nur sehr schwer stabilisiert, noch schwerer aber wieder in die Höhe gebracht werden kann. Höchstens nur durch Maßnahmen so tief einschneidender Natur, wie sie in Deutschland, in Österreich und in Rußland getroffen wurden.

Sicherlich aber nicht durch die rein äußerlichen Maßregeln, die man jetzt in Paris anflüchtigt. „Le Boche payera tout, der Boche wird alles bezahlen“, das war ja das Schlagwort gewesen, mit der man jedes härtere Anzeichen der Steuererhöhung für unnötig erklärte. Ganz an-

Flottenmanöver im Mittelmeer.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Rom, 8. Jan. Man erfährt, daß die spanische und italienische Marine demnächst gemeinsame Flottenmanöver ausführen werden.

Neue politische Partei in England.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 8. Jan. Nach einer Meldung aus London, die der „Matin“ veröffentlicht, steht in England die Bildung einer neuen politischen Partei bevor.

Die Digmaiden vollständig vernichtet.
Paris, 7. Jan. Wie der „Matin“ aus Tulon meldet, hat die Leichenschau des Luftschiffes „Digmaiden“ ergeben, daß das Luftschiff durch Blitzschlag vernichtet wurde.

Prinz von Wales reist nach Paris.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Paris, 8. Jan. „Matin“ erfährt, daß der Prinz von Wales kommenden Mittwoch in Paris eintreffen und einige Tage hier zubringen werde. Der Prinz beabsichtigt, sich dann an die Riviera zu begeben.

Eine scharfe Maßnahme des spanischen Direktoriums.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Madrid, 8. Jan. Ein Communiqué des Direktoriums besagt, daß die Wochenchrift „Actualidade Financiera“ für unbestimmte Zeit verboten worden ist, weil sie einen tendenziösen Artikel, betr. die spanische Handelskammer, gebracht habe. Der Urheber des Artikels wird vor das Kriegsgericht gestellt werden. Der Eigentümer des Blattes, Graf Corfina, ein früherer Minister, mußte unverzüglich Madrid verlassen.

Herabsetzungen der tschechischen Visa-Gebühren.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Prag, 8. Jan. Die Tschechoslowakei hat alle Visa-Gebühren um 80 Proz. ermäßigt.

Bombenattentat auf ein Warschauer Militärgefängnis.
(Eigener Fernsprehdienst der „Sachsen-Ztg.“)
Warschau, 8. Jan. Gestern wurde ein Bombenattentat auf das Militärgefängnis verübt, das zu dem Zwecke verübt worden sollte, die beiden in dem Militärgefängnis untergebracht und wegen verschiedener Bombenattentate zum Tode verurteilten Attentäter Wiczorski und Boginski zu befreien. Ein Attentäter, der mehrere Bomben bei sich hatte, wurde festgenommen. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

ders wie das doch auch „siegreiche“ England, das längst nicht so gewaltige Verluste an seinem Volkvermögen erlitten hätte wie seine Kampfgenossen, aber eine ganz gewaltige Steuerlast auf sich nahm, mit Amerika einen Schuldentilgungsplan vereinbarte und sich so wieder ehrlich machte“. Frankreich hingegen hat für den Wiederaufbau seines zerstörten Ost- und Norddepartements ganz gewaltige Summen — wobei durch Betrügereien die Forderungen noch emporgeschraubt wurden — verbraucht, die nun durch die deutschen Reparationszahlungen heringebracht werden sollten. Darum war das Schicksal der deutschen finanziellen Kräfte aufs engste verknüpft mit der französischen Währung, und es ist neulich in der französischen Deputiertenkammer mit Recht darauf hingewiesen worden, daß bei der Aufgabe des deutschen Widerstandes am Rhein und Ruhr der Franksturz, weil man an ein künstliches Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs auf wirtschaftlichem Gebiete glaubte. Dieser Glaube hat aber getrogen; denn an die Stelle eines solchen Zusammenarbeitens trat eine systematische wirtschaftliche Knebelung und Blutabzapfung der deutschen Wirtschaftskräfte. Das kann denn höchstens zu einer augenblicklichen, aber nicht zu einer wirklich fortlaufenden Stärkung der Wirtschaftskraft Frankreichs führen, muß vielmehr die Aussichten auf eine demnächstige oder spätere Balanierung des Defizitbudgets

für die Reparationszahlungen immer illusorischer machen. Und erleichtert dadurch den wirtschaftlichen Kampf namentlich der englischen Industrie gegen den französischen Konkurrenz.

Vor diesem Angriff verschließt man in Paris nicht mehr die Augen; wir brauchen die französischen Beschuldigungen, als seien wir die Schuldigen am Frankentum, nicht übermäßig tragisch, kaum als ernsthaft zu nehmen. Für uns ist es aber von gewissem Interesse, daß man nun in Frankreich — genau wie seit Jahren bei uns — lebhaft an den Symptomen herumdoziert, den „Kampf gegen die Spekulation“ eröffnet. Schon klagt der Vizepräsident der Finanzkommission über das „unpolitische“ Verhalten seiner Landsleute, die in Dollars und Pfunden „spekulieren“. Viel richtiger weist die sozialistische „Humanität“ darauf hin, daß das Sinken des Franken gerade vor einem Jahr begonnen habe, nämlich bei Beginn des Ruhrstreikes. Weil dieser den Beginn der Differenzen mit England bedeutete. Frankreich habe — das mag hier eingeschaltet werden — bisher noch nicht einen Centime seiner Schulden an England und Amerika bezahlt. Der Frank ist jetzt gerade halb so viel wert wie vor einem Jahre!

Und gegen diese naturgemäße Entwicklung werden auf die schönen, von uns bereits ausprobierten und mit größtem Mißerfolg begleiteten rein finanziellen Maßnahmen der französischen Regierung nur für den Tag helfen, diese Entwicklung aber nicht hemmen. Der französische Rentner sieht seine Rente schwinden, — aber ob eine Regierung, die in ein paar Monaten mit Ruweahlen zu rechnen hat, sich jetzt zu dem sehr unpopulären Mittel scharfer Steuererhöhungen wird entschließen können — und nur die Valanzierung des Etats ist eine wirkliche „Rettungsaktion“ der Währung — muß sehr zweifelhaft erscheinen.

Eines aber müssen wir uns vor Augen halten: die Leidtragenden sind wir. Denn Frankreich wird veruchen, aus uns herauszupressen, was ihm über die Verlegenheiten hinweghelfen zu können scheint. Also ist es für uns wirklich kein Trost, „im Unglück einen Genossen zu haben“. Denn gerade jetzt vor den Wahlen wird man alles daran setzen, das „la Boche payera tout“ wenigstens teilweise zur Wahrheit zu machen.

Keinerlei deutsche Einwirkung.
Zu einer Meldung des Berliner Vertreters des „Peft Parisien“, nach der in Frankfurt a. M. auf einer Konferenz deutscher Bankiers die Generaloffensive gegen die französische Währung beschlossen und vorbereitet worden sei, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß in Frankfurt keinerlei derartige Konferenz von Bankiers stattgefunden hat. Die ganze Meldung muß in das Reich der Fabel verworfen werden.

Politische Rundschau

Die heutige Kabinettsitzung.
Berlin, 7. Jan. Das Reichskabinett besaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag des Vereins Deutscher Zeitungsverleger nach weiteren Vorschüssen auf die Waldabgabe. Der Antrag mußte abgelehnt werden. Der Entwurf eines Reichsberufsschulgesetzes und eines Lehrerbildungsgesetzes wurde vom Kabinett vorläufig zurückgestellt bis zur endgültigen Regelung der Finanzverhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern. Das Kabinett besaßte sich dann weiter mit Maßnahmen gegen die maßlose Vergnügungssucht, wie sie sich insbesondere in vielen Kurorten breitmacht. Es wurde rücksichtslose Bekämpfung beschlossen. (Die Presse hat nur zu geben, nichts zu erbiten oder gar zu verlangen. So ist's in Reich, Staaten und Gemeinden. So ist's auch beim großen, lieben Publikum. Red.)

Separatistischer Terror gegen die Presse.
Berlin, 7. Jan. Der Reichsverband der deutschen Presse protestiert gegen die Knebelung der Presse in der von den Separatisten verewaltigten Rheinpfalz. Diese Verewaltigung der Presse- und Gewissensfreiheit bedeutet eine ungehörliche Föschung der öffentlichen Meinung. Der Verband appellierte an das Weltgewissen und besonders an die Journalisten des Auslandes, bei der Wiederherstellung der Pressefreiheit behilflich zu sein.

8 Frankfurter Kommunisten verhaftet.
Frankfurt, 7. Jan. (Telunion.) Hier sind acht Personen wegen Teilnahme an einer verbotenen kommunistischen Versammlung verhaftet worden. Darunter befindet sich auch der kommunistische Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Reibin.

Hösch kommt morgen nach Berlin.
Berlin, 8. Jan. Der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris, Herr von Hösch, wird am Mittwoch zur Berichterstattung in Berlin eintreffen, um über die Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten zu sprechen. Man erwartet bis Mittwoch die endgültige Antwort Frankreichs und Belgiens auf die letzten deutschen Vorschläge.